

## 67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

### Antrag Nr. L001 "Chancen der digitalen Gesellschaft"

### Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 1 bis 227 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen)</b>			
1	Ersetzung von "Chancen der digitalen" ... bis "Informationssicherheit."	<p>Wir Liberalen fordern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>· diskriminierungsfreien Zugang für alle Menschen unabhängig von Staatsbürgerschaft, Gesinnung, sexueller Ausrichtung, Einkommen, Stellung, Beruf usw. aller Einwohner der Europäischen Union zu Bildung, Wissen und Information</li> <li>· ein gesamtstaatliches Investitionsprogramm erheblicher Größenordnung(&gt;30Mrd.) für die digitale Ausstattung sämtlicher Bildungseinrichtungen</li> <li>· eine Ausrichtung der Bildungsziele über alle Altersstufen auch auf die nachhaltige Vermittlung des Verständnisses für technologische Zusammenhänge und Interdisziplinarität</li> <li>· die grundlegende und umfassende Modernisierung aller Schulen, deren Ausrüstung mit schnellem Internet, WLAN, interaktiven Witheboards, Einbindung von PC's, Tablets sowie Lehrkräften, die damit umgehen und diesbezügliche Kompetenzen vermitteln können</li> </ul>	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<ul style="list-style-type: none"> <li>· längst überfällige Wahrnehmung gesamtstaatlicher Verantwortung auch des Bundes für eine Infrastruktur, die obiges erst ermöglicht</li> <li>· dass der Bund die Länder innerhalb der nächsten 5 Jahre um mindestesn 1000€ pro Schüler entlastet, damit diese ihrer Verantwortung in diesen Bildungsfragen gerecht werden</li> <li>· eine Lehrerausbildung, in welcher digitale Kompetenzen den Stellenwert erhalten, der für eine sichere bildungspolitische Zukunftsgestaltung Europas benötigt wird</li> <li>· den Focus der schulischen Ausbildung mehr auf naturwissenschaftliche und technische Inhalte zu legen</li> <li>· die Einführung einheitlicher Bildungsstandards, welche die nötige Vergleichbarkeit der Bildungserfolge in den Ländern ermöglichen, ohne die echter Wettbewerb unter den Ländern nicht möglich ist</li> <li>· die Vernetzung verschiedener Bildungseinrichtungen horizontal wie auch vertikal, um übergreifende Bildungsangebote, Arbeits- und Forschungsmöglichkeiten aufzubauen</li> <li>· die Schaffung von Bildungsangeboten für Berufstätige, was bedeutet, dass spezielle Weiterbildungsangebote entwickelt und zu berufstoleranten Zeiten an allen Bildungseinrichtungen angeboten werden</li> <li>· somit eine Umgestaltung der Bildungslandschaft Deutschlands zu lebenslangem Lernen</li> </ul>	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<ul style="list-style-type: none"> <li>die verlässliche Sicherstellung jedweder informationeller Selbstbestimmung für alle an Bildungsprozessen Beteiligte</li> </ul>	
<b>Zeile 39 bis 39 - Antragsteller: Felix Haltt (LV Nordrhein-Westfalen) für den Kreisverband Bochum</b>			
2	Streichung wieder hergestellt und		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 42 bis 46 - Antragsteller: Felix Haltt (LV Nordrhein-Westfalen) für den Kreisverband Bochum</b>			
3	Ersetzung von "Darum müssen wir diese" ... bis "europäischen Kontext."	Hierbei setzen und vertrauen wir auf die Eigenständigkeit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure. Wir begreifen Digitalisierung als multifaktoriellen Prozess in dem es nicht die Eine, richtige Technologie oder Infrastruktur gibt. Deswegen setzen wir auf einen Wettbewerb der Infrastrukturen, Lösungen, Prozesse, Systeme und Standards, bis sich die jeweils besten durchgesetzt haben.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 67 bis 67 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
4	Ersetzung Die	Viele	Übernommen
<b>Zeile 69 bis 71 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
5	Streichung von "Während Smartphones und" ... bis "oft noch Kreidezeit."		Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 69 bis 69 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
6	Streichung nur		Übernommen
<b>Zeile 73 bis 74 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
7	Ersetzung An die Stelle des einen gedruckten Lehrbuchs	Neben das gedruckte Lehrbuch werden in Zukunft digitale Lehrmittel treten	Übernommen
<b>Zeile 102 bis 102 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
8	Ersetzung Musik und Künste	Musik, Künste und Sport	Übernommen in veränderter Form: Musik und Künste, Sport, ...
<b>Zeile 111 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
9	Füge ein nach Bildung	auch	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 119 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
10	Füge ein nach alle.	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vermittlung von Medienkompetenz muss fächerübergreifender Bestandteil des Lehrplans werden. Dazu gehört insbesondere die Fähigkeit, Korrektheit und Relevanz von Informationen und Quellen kritisch zu hinterfragen.</li> </ul>	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 120 bis 120 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
11	Ersetzung muss	müssen	Übernommen
<b>Zeile 123 bis 123 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
12	Ersetzung Wir brauchen WLAN	Wir brauchen Techniken, wie WLAN	Übernommen
<b>Zeile 123 bis 123 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
13	Ersetzung Die Schulen müssen umfassend modernisiert werden	Die Schulen müssen umfassend in ihren Modernisierungsvorhaben unterstützt werden	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 125 bis 126 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
14	Streichung von "sowie Lehrerinnen und" ... bis "damit umgehen können."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 126 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
15	Füge ein nach können	"...Digitales Lehren..." zum neuen Bulletpoint machen.	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 146 bis 146 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
16	Streichung in den nächsten Jahren		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 151 bis 151 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
17	Ersetzung auch wieder die Besten der Besten als	die geeignetsten und fähigsten	In veränderter Form übernommen: ... auch wieder die Besten der Besten, die Geeignetsten und Fähigsten als Lehrkräfte..."
<b>Zeile 157 bis 159 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
18	Streichung von "Dies gelingt nur, wenn" ... bis "nachhaltig unterstützt werden."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 180 bis 180 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
19	Ersetzung sollen sich zu digitalen Lernnetzwerken entwickeln	sollen sich in den digitalen Lernnetzwerken weiterentwickeln	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 180 bis 180 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
20	Ersetzung die	einige	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 185 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
21	Füge ein nach einander.	Dazu müssen Partizipationsplattformen entwickelt werden, die für Kinder und Jugendliche geeignet sind.	Übernommen
<b>Zeile 207 bis 207 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhler (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie</b>			
22	Streichung wird modularer und		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 227 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
23	Füge ein nach Informationssicherheit.	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die MINT-Disziplinen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) spielen in der digitalen Gesellschaft eine immer wichtigere Rolle. Schon in der Schule müssen mehr junge Menschen für diese Fächer begeistert werden. Damit MINT-Berufe insbesondere attraktiver für Frauen werden, muss die Schule ein positives Technikbild vermitteln, berufliche Chancen aufzeigen und nicht zuletzt weibliche Vorbilder angemessen berücksichtigen.</li> </ul>	In geänderter Form nach Zeile 204 als neuen Buletpoint übernommen
<b>Zeile 237 bis 237 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
24	Streichung vielleicht gar		Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 279 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen)</b>			
25	Füge ein nach ermöglichen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bit und Bytes kann niemand essen. Trotz aller digitalen Möglichkeiten liegen die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands und Europas in der Entwicklung und Fertigung innovativer aber eben auch handfester Produkte. Das erfordert durchaus eine Ausrichtung von Arbeitszeiten und -Orten auch nach Erfordernissen der Fertigungsanlagen.</li> </ul>	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 320 bis 326 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
26	Streichung von "Wir setzen dabei auch" ... bis "Wide Web zu verbessern."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 363 bis 363 - Antragsteller: Lasse Becker (LV Hessen)</b>			
27	Streichung grundsätzlich		Übernommen
<b>Zeile 400 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen)</b>			
28	Füge ein nach wurden.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zur Sicherung dieser informationellen Selbstbestimmung muß es dem einzelnen Bürger möglich sein, seine Daten selber zu verschlüsseln, ohne dass insbesondere auch staatliche Stellen such Zugang zu diesen Schlüsseln verschaffen können. Das bedeutet, dass Hersteller, welche diesbezüglich relevante Produkte in Europa verkaufen, verpflichtet werden, sämtliche Informationen zu deren Verschlüsselungsmöglichkeiten an ihre Europäischen</li> </ul>	Abstimmung mit Beratung



Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Kunden weiterzugeben haben, nebst der Information, wer auf diese Verschlüsselungsalgorithmen und -Aggregate Zugriff haben kann.	
<b>Zeile 410 bis 410 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
29	Ersetzung des Server-Systems	der Server-Systeme	Übernommen
<b>Zeile 414 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
30	Füge ein nach kriminelle	und geheimdienstliche	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 416 bis 419 - Antragsteller: Nathalie Meyer (LV Hessen) und Lasse Becker (LV Hessen)</b>			
31	Streichung von "Dies schließt vor allem" ... bis "gespeichert werden."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 417 bis 418 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
34	Ersetzung physischen Zugriffsmöglichkeit	Rechtssprechung	In veränderter Form übernommen: physischen Zugriffsmöglichkeit und der Rechtssprechung
<b>Zeile 425 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen)</b>			
35	Füge ein nach	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einen Zwang zu elektronischen Gesundheitskarten lehnen</li> </ul>	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	wir ab.	Liberale ab.	
<b>Zeile 434 bis 435 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
36	Streichung (z. B. sogenannte „Omni-Cloud-Lösungen“)		Abstimmung ohne Beratung mit Nr. 7 aus Synopse v2
<b>Zeile 437 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
37	Füge ein nach Verschlüsselungsprogramme	müssen Kryptoverfahren einsetzen, die nach wissenschaftlichen Standards als sicher gelten. Dazu gehört eine vollständige Offenlegung des Verfahrens („Kerckhoffs-Prinzip“) und eine Prüfung durch öffentliche „Peer Reviews“. Solche Programme	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 437 bis 437 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen)</b>			
38	Streichung von "Verschlüsselungsprogramme" ... bis "Standards zu entwickeln."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 440 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
39	Füge ein nach entwickeln.	Da durch Quantencomputer viele heute sichere Kryptoverfahren zukünftig schlagartig unsicher werden, ist die Forschung im Bereich von weiterhin sicheren Verfahren voranzutreiben.	Übernommen in Zeile 449

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 450 bis 454 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen)</b>			
40	Streichung von "Der institutionelle Datenschutz" ... bis "Datenaufsichtsbehörden."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 462 bis 472 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen)</b>			
41	Streichung von "Eine digital nachweisbare" ... bis "Anforderungen gerecht wird."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 468 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
42	Füge ein nach Anwendung	bei Einsatz des neuen Personalausweises als Zutrittskarte	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 469 bis 469 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
43	Ersetzung kann dieser unkompliziert deaktiviert werden	muss dieser unkompliziert deaktiviert werden können	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 481 bis 481 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
44	Ersetzung das Digital Rights Management	die Blockchain-Technologie	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 497 bis 497 - Antragsteller: Lasse Becker (LV Hessen)</b>			
45	Ersetzung begrüßen	Akzeptieren	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 574 bis 575 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
46	Ersetzung zur sich selbst steuernden Fabrik	zu sich selbst steuernden Fabriken und Lieferketten	Übernommen
<b>Zeile 576 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
47	Füge ein nach Fertigung	bis zur „Losgröße 1“	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 608 bis 610 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) und Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
48	Streichung von "Die Interdependenzen zum" ... bis "große Herausforderung."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 703 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
49	Füge ein nach basiert.	Auch personenbezogene Fahrzeugdaten dürfen ohne explizite Einwilligung des Betroffenen nicht für Profilbildungen bei Herstellern, Versicherungen oder Behörden verwendet werden. Daten, die zur Steuerung der Fahrzeuge und des Verkehrs notwendig sind, müssen nach der Fahrt umgehend gelöscht werden.	Absorbiert durch Übernahme Nr. 22 aus Synopse v2

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 712 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
50	Füge ein nach Attraktivität.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Deutschland muss mit einem modernen Straßenverkehrsrecht, das autonomes Fahren und teilassistierte Systeme erlaubt, eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. Noch offene Haftungsfragen müssen umgehend geklärt, das bisherige System von Fahrer- und Halterhaftung überarbeitet werden.</li> <li>• Wir müssen die Möglichkeit schaffen, mit innovativen Ideen zur Optimierung des öffentlichen Nahverkehrs zu experimentieren. Dazu gehören flexible Busrouten, mobile Bezahlssysteme, nachfrageorientierte Preismodelle für öffentliche Parkplätze sowie die Echtzeitverfolgung von Bussen und Bahnen und deren Sitzplatzbelegung.</li> </ul>	Absorbiert durch Übernahme Nr. 22 aus Synopse v2
<b>Zeile 764 bis 767 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
51	Ersetzung von "Basis für ein modernes" ... bis "ist strikt untersagt."	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Basis für ein modernes Gesundheitssystem sind digitale Patientendaten unter der vollständigen und alleinigen Kontrolle des Patienten. Diese umfassen alle relevanten Behandlungsinformationen, wie z. B. Diagnosen, MRI, Röntgenbilder und Unverträglichkeiten und unterliegen höchstem Datenschutz und Datensicherheit – nur der Patient entscheidet, welche Leistungserbringer Zugang haben. Leistungserbringern kann temporär Zugang gewährt werden – die Weitergabe der Daten ist strikt untersagt.</li> </ul>	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 777 - Antragsteller: Felix Haltt (LV Nordrhein-Westfalen) für den Kreisverband Bochum</b>			
52	Füge ein nach untersagt.	<ul style="list-style-type: none"> <li>In Zukunft wird besonders der Analyse und Untersuchung von genetischen Daten eine große Rolle in der Medizin zukommen. Dabei handelt es sich um besonders empfindliche, persönliche Daten, die nur mit Einwilligung der Betroffenen an Dritte weitergegeben werden dürfen. Eine Weitergabe z.B. an die Krankenkassen, ohne Einwilligung muss unter dem Gesichtspunkt der informationellen Selbstbestimmung verhindert werden.</li> </ul>	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 778 bis 778 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
53	Ersetzung Eine solche Vernetzung	Dies	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 874 bis 874 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
54	Ersetzung Diese	Dies	Übernommen
<b>Zeile 884 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
55	Füge ein nach Betätigung.	Behörden müssen Daten in maschinenlesbarer Form zur Verfügung stellen und die freie Verwendung zu kommerziellen wie nichtkommerziellen Zwecken ermöglichen. Dies gilt ebenso für die Anbieter im öffentlichen Personennahverkehr, die Fahrplan- und Echtzeitdaten bereitstellen müssen.	Abstimmung ohne Beratung

## 67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

### Antrag Nr. 300 "Für eine moderne Altersvorsorge"

### Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 32 - Antragsteller: Stefan Ruppert (LV Hessen), Bettina Stark-Watzinger (LV Hessen) und Lasse Becker (LV Hessen) für den Landesverband Hessen</b>			
1	Füge ein nach bekämpfen.	Altersvorsorge beginnt nicht erst dem Erkennen des Vorsorgebedarfs oder mit dem Abschluss eines Versorgungsvertrags. Sie beginnt mit dem Erwerb der Fähigkeit zu selbstverantwortlichem Handeln. Ein Grundverständnis für die Finanzfragen der individuellen Lebensplanung ist hierfür unabdingbare Voraussetzung. Hier muss Politik ansetzen: Die Bildungs- und insbesondere die Schulpolitik müssen endlich aktiv werden und der Notwendigkeit, Finanzwissen bereits in der Schule zu vermitteln, Rechnung tragen.	Übernommen in Zeile 82
<b>Zeile 171 bis 214 - Antragsteller: Dr. Heiner Garg (LV Schleswig-Holstein) und Dr. Petra Enß (LV Niedersachsen) für den Landesverband Nordrhein-Westfalen, Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales und den Bundesvorstand Liberale Senioren</b>			
2	Streichung von "Selbstständige – Wahlfreiheit" ... bis "Vorsorgepflicht ausgenommen."		Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 235 - Antragsteller: Stefan Ruppert (LV Hessen), Bettina Stark-Watzinger (LV Hessen) und Lasse Becker (LV Hessen) für den Landesverband Hessen</b>			
3	Füge ein nach schwer handhabbar.	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Belastungen der Unternehmen müssen gesenkt werden, weil diese derzeit unter den niedrigen Zinsen und dem damit steigenden Diskontierungsfaktor für die Bewertung der in der Zukunft liegenden Belastungen leiden. Die Rückstellungen in den Bilanzen müssen dadurch stark ausgeweitet werden. Die Laufzeiten der Verträge in der betrieblichen Altersvorsorge sind lang. Daher darf der für die Diskontierung der Rückstellungen zugrunde gelegte Zinssatz nicht unter den derzeit gültigen Zeitraum von zehn Jahren für die Berechnung des Diskontierungsfaktors fallen, sondern sollte auf zwölf Jahre verlängert werden. Nur so kann die Eigenkapitalbelastung der Unternehmen gesenkt werden.</li> </ul> <p>Die Ungleichbehandlung der Lasten für die Altersvorsorge in der Handels- und Steuerbilanz muss beseitigt werden. Wird in der Handelsbilanz eine höhere Rückstellung aufgrund von niedrigen Zinsen gefordert, geht die Steuerbehörde von einer unverminderten Leistungsfähigkeit des Unternehmens aus.</p>	Übernommen
<b>Zeile 244 bis 249 - Antragsteller: Dr. Heiner Garg (LV Schleswig-Holstein) und Dr. Petra Enß (LV Niedersachsen) für den Landesverband Nordrhein-Westfalen, Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales und den Bundesvorstand Liberale Senioren</b>			
4	Streichung von "· Wir wollen in der betrieblichen" ... bis "Arbeitgeber überlassen."		Abstimmung mit Beratung



Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 292 - Antragsteller: Patrick Döring (LV Niedersachsen) und Marcel Hafke (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
5	Füge ein nach zu können	und für Produkte mit höheren Ertragschancen zu öffnen. Die Risiken dürfen das zentrale Ziel einer verlässlichen Versorgung im Alter nicht gefährden.	Übernommen
<b>Zeile 333 bis 335 - Antragsteller: Dr. Heiner Garg (LV Schleswig-Holstein) und Dr. Petra Enß (LV Niedersachsen) für den Landesverband Nordrhein-Westfalen, Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales und den Bundesvorstand Liberale Senioren</b>			
6	Streichung von "Allerdings wollen wir" ... bis "Grundsicherung beenden."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 364 - Antragsteller: Mieke Senfleben (LV Berlin)</b>			
7	Füge ein nach Mitarbeiter.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der flexible Renteneintritt stärkt zudem die Familie, denn er erleichtert Müttern oder Vätern den zeitweisen Ausstieg aus dem Erwerbsleben, wenn sie dies wünschen. Diese temporäre Zeit mit der Familie kann so einfacher durch eine längere Teilhabe am Erwerbsleben wieder ausgeglichen werden, damit die entstandenen Verluste beim Rentenbezug kompensiert werden.</li> </ul>	Abstimmung mit Beratung

## 67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

### Antrag Nr. 507 "Bundesteilhabegesetz - auch die Finanzierung muss gewährleistet werden"

#### Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 63 bis 64 - Antragsteller: Karl Peter Brendel (LV Nordrhein-Westfalen) für die Bundesvereinigung liberaler Kommunalpolitiker</b>			
1	Streichung von "(2016 mit 1 Mrd. Euro," ... bis "mit 5 Mrd. jährlich)."		Empfehlung der Antragskommission: Übernahme durch Antragsteller sonst Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 71 bis 72 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
2	Ersetzung von " im Januar 2016 (möglicherweise" ... bis "den Wahlen im Frühjahr 2016)"	vor der Bundestagswahl 2017	Empfehlung der Antragskommission: Übernahme durch Antragsteller sonst Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 71 bis 72 - Antragsteller: Karl Peter Brendel (LV Nordrhein-Westfalen) für die Bundesvereinigung liberaler Kommunalpolitiker</b>			
3	Streichung von " im Januar 2016 (möglicherweise" ... bis "den Wahlen im Frühjahr 2016)"		Empfehlung der Antragskommission: Übernahme durch Antragsteller sonst Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 76 bis 81 - Antragsteller: Karl Peter Brendel (LV Nordrhein-Westfalen) für die Bundesvereinigung liberaler Kommunalpolitiker</b>			
4	Streichung von "Im Rahmen der Fachreform" ... bis "vollständig vom Bund zu zahlen."		Abstimmung mit Beratung